

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 47 (1967-1968)
Heft: 6

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

STIMMUNGSTIEF IN AMERIKA

Die Popularitätskurve Präsident Johnsons ist, wenn man den Erhebungen der amerikanischen Meinungsforschungsinstitute vertrauen darf, im vergangenen Monat an einem *Tiefpunkt* angelangt. Aber selbst ohne die Ergebnisse dieser Umfragen kann man verspüren, daß die Vereinigten Staaten gegenwärtig eine tiefgreifende *Stimmungskrise* durchmachen. Der Krieg in Vietnam schleppt sich dahin, ohne daß sich auch nur entfernt eine friedliche Lösung abzuzeichnen begäne; die Regierung mußte, um die wachsenden Kosten des Engagements in Südostasien zu decken, Steuererhöhungen dekretieren; in den großen Städten vor allem des Nordens der Union brachen wie in den vergangenen Sommern erneut Rassenunruhen aus, und aggressiver als je in den letzten Jahren meldeten die farbigen Extremisten ihre Forderungen an.

Vietnam

Der Konflikt in Vietnam droht für die Vereinigten Staaten zu einer Schraube ohne Ende zu werden. Mehr als zweieinhalb Jahre ist es her, seit anfangs Februar 1965 die amerikanische Luftwaffe mit der Bombardierung militärischer Ziele in Nordvietnam begann. Seither liegt — von einigen kurzen Unterbrechungen abgesehen — das Land unter dem Hagel amerikanischer Bombenangriffe. Ohne Zweifel haben diese Aktionen Nordvietnam hart getroffen und seine Aktivität gelähmt. Das eigentliche Ziel der Bombardierungen aber, Nordvietnam zu einem Frieden geneigt zu machen und damit den amerikanischen Einsatz in Südvietnam zu einem erfolgreichen Ende zu führen, ist bisher nicht erreicht worden. Die Kämpfe in Südvietnam gehen mit unverminderter Härte weiter, und nichts deutet darauf hin, daß der

Vietcong am Ende seiner Kräfte angelangt sei. Daß sich unter dem Eindruck dieser Entwicklung die Stimmen in Amerika vermehren, die an der Sinnhaftigkeit des Bombenkrieges zweifeln, ist zu begreifen.

Präsident Johnson ist jedoch entschlossen, dem Drängen der «Tauben» — wie die Gegner des Vietnamkrieges genannt werden — nicht nachzugeben. Am 3. August hat er die *Vergrößerung des Expeditionskorps* in Vietnam auf 525000 Mann bewilligt. Dieser Bestand soll bis Mitte nächsten Jahres erreicht werden — gegenwärtig stehen rund 466000 Mann im Einsatz. Zugleich wird ein besserer Ausnützungsgrad der in Vietnam stehenden Truppen angestrebt, das heißt das zahlenmäßige Verhältnis zwischen der kämpfenden Truppe und den rückwärtigen Diensten soll zugunsten der kombattanten Einheiten verändert werden.

Wenige Tage nach diesem Beschuß hat Präsident Johnson seiner Luftwaffe *neue Ziele* zur Bombardierung freigegeben. Es handelt sich dabei vor allem um das Brückennetz um Hanoi und um die Verbindungswege nach China. Am 13. August wurde die Stadt *Lang Son* im Norden der nordvietnamesischen Hauptstadt angegriffen. Lang Son liegt nur wenige Kilometer von der chinesischen Grenze entfernt und ist ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt, über den der Nachschub aus der Sowjetunion und China nach Nordvietnam gelangt. Die Eskalation des Vietnamkrieges hat damit eine neue Stufe erreicht.

Skepsis im Capitol

Diese weitere Verschärfung des Luftkrieges hat in den Vereinigten Staaten erneut die Frage laut werden lassen, ob dies der richtige Weg sei, um Nordvietnam nieder-

zuringen. Die Senatoren *Fulbright* und *Mansfield*, alte Opponenten von Johnsons Vietnampolitik, haben vor der Gefahr einer unabsehbaren Ausweitung des Krieges gewarnt und erneut sich kritisch und skeptisch mit der amerikanischen Kriegsführung auseinandergesetzt. Man wird diese Stimmen zwar nicht bagatellisieren dürfen, aber es ist doch eine Tatsache, daß Johnson in dieser Frage noch immer die große Mehrheit des Kongresses hinter sich hat, denn die Vereinigten Staaten sind heute außerstande, sich aus dem Engagement in Vietnam zu lösen, ohne Gefahr zu laufen, daß ihre ganze Position in Südostasien zusammenbrechen würde. Für Johnson bedeutet der Vietnamkonflikt eine gefährliche *Gratwanderung*, die zusehends komplizierter und unwegsamer wird, je näher er dem Wahltermin vom November 1968 rückt. Außenpolitisch droht die Vietnamkrise Amerika mehr und mehr zu isolieren — vor allem von seinen Verbündeten in Europa, wo die USA ihre Präsenz abbauen, während sie sie in Südostasien laufend verstärken. Keiner der Alliierten Washingtons hat, wie die Ergebnisse der *Mission Clifford-Taylor* im Juli zeigten, große Lust, sich mit eigenen Kräften am Kampf in Vietnam zu beteiligen, der die Perspektive unüberblickbarer Verwicklungen und kaum Aussicht auf nahe, greifbare Erfolge bietet.

Innenpolitische Implikationen

Aber auch innenpolitisch wirkt sich der Vietnamkrieg immer belastender auf die Administration Johnson aus. Zwar bedeute die am 3. August angekündigte 10prozentige *Steuererhöhung* keine Überraschung. Der Krieg verschlingt gegenwärtig im Monat rund zwei Milliarden Dollar, und seine Kosten sind noch immer im Steigen. Die Notwendigkeit der von der Regierung angeordneten Maßnahmen ist deshalb ausreichend begründet. Trotzdem ruft jeder Griff des Fiskus nach privaten Geldern automatisch Verärgerung und Kritik hervor, und das Sinken von John-

sons Popularitätskurve findet hier zum Teil seine Motivierung.

Schwerwiegender als diese mehr temporäre Folge des Vietnamkrieges sind die in den letzten Wochen wieder aufgeflammteten *Rassenunruhen* in den Vereinigten Staaten. An manchen Orten, wie beispielsweise in dem bisher in der Integrationsfrage als vorbildlich geltenden *Detroit*, nahmen sie vorübergehend den Charakter eines *Bürgerkrieges* an mit Mord, Plünderung und Brandschatzung. Man wird sich hüten müssen, die Dinge zu vereinfachen und alles in simpler Schwarz-Weiß-Manier zu sehen. Aber es läßt sich nicht verkennen, daß im amerikanischen Rassenkampf neue Elemente den Ton angeben. Die Zeiten, da der friedfertige Pfarrer *Martin Luther King* mit seinen Märschen durch die Südstaaten für eine gewaltlose Lösung der Negerfrage demonstrierte, sind vorbei. Die extremen Schreier unter den Farbigen wie *Stokeley Carmichael* und *Rap Brown* geben den Ton an. Ihr Fanatismus droht die Neger in einen Verzweiflungskampf gegen die weiße Mehrheit zu stürzen, der letztlich aussichtslos ist. Aber der Brand, den sie entfachen, fordert weit größere Opfer als die hundert oder zweihundert Menschen, die bei solchen sommerlichen Rassenunruhen umkommen, und er richtet, wenn er ungehemmt weiterwütet, größere Schäden an als die Zerstörung von ein paar Straßenzügen in amerikanischen Städten. Die radikalen Negerführer beginnen einen *Rassenkrieg* zu proklamieren, in den sie ungescheut auch Vietnam einbeziehen, um so ihren destruktiven Aktionen einen ideologischen Anstrich zu geben. Der Vietnamkrieg wird damit in grotesker Weise verfälscht und in widersinnige Zusammenhänge gebracht — für Johnsons Politik bedeutet diese Entwicklung jedoch eine weitere zusätzliche Bedrohung.

Johnsons Zweifrontenkrieg

Die demokratische Administration in Washington sieht sich so in einen unheil-

vollen Zweifrontenkrieg verstrickt. Im Inneren drängt das Rassenproblem, das die Vereinigten Staaten seit anderthalb Jahrhunderten beschäftigt. In zwei Weltkriegen hat Amerika als Vorkämpfer der Freiheit und der Demokratie die Welt vor autokratischen und totalitären Herrschaftsansprüchen gerettet. Zu diesem Programm gehörte logischerweise auch die Befreiung der kolonialen Völker, die ihre Unabhängigkeit weitgehend der moralischen und materiellen Unterstützung zu verdanken haben, die die Vereinigten Staaten ihnen zukommen ließen. Nun aber schlägt die Flutwelle zurück in jenes Land, das die Freiheits- und Gleichheitsparolen auf sein Panier geschrieben hat. Amerika wird in diesem internen Kampf um die Gleichberechtigung der Rassen seinen eigenen Idealen folgen müssen. Die Auseinandersetzung wird nicht beendet sein, bis die auf dem Papier schon längst zugestandenen gleichen Rechte für alle Mitbürger auch in der Praxis verwirklicht sind, trotz allen Hemmnissen sozialer, psychologischer und politischer Art, die sich heute auftürmen.

Nach außen hin muß die Regierung Johnson hinnehmen, wie sich das nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaute *Allianzsystem* mehr und mehr desintegriert. Frankreich ist aus der NATO ausgeschieden; die Bundesrepublik Deutschland schwankt hin- und hergerissen zwischen Paris und Washington und sucht im Zeichen der weltpolitischen Entspannung eigene Fäden nach Osten anzuknüpfen; die regionalen Pakte in Vorderasien und im pazifischen Raum, die den USA ein Vorfeld in der Eindämmung des kommunistischen Expansionsdranges schufen, büßen mehr und mehr ihre Wirksamkeit ein. Der Besuch Bundeskanzler Kiesingers in Washington hat wenig greifbare Ergebnisse gebracht, das Bekenntnis zum Nordatlantikpakt tönt eher verlegen als überzeugend. Der Einzelgang Bonns in der Frage der Truppenstärke der Bundeswehr

ist ein Symptom für die Distanz, die heute auch zwischen den Vereinigten Staaten und ihrem engsten Bundesgenossen auf dem europäischen Kontinent besteht.

Zerrissener Osten

In dieser Bilanz westlicher Uneinigkeit mag als Gegenposten eine ähnliche Verwirrung im Lager der kommunistischen Mächte eingesetzt werden. Zwar wird sich im Westen kaum jemand erkühnen, die Vorgänge in der *Volksrepublik China* lückenlos und fehlerfrei zu deuten. Was an Informationen an die Außenwelt dringt, klingt verworren. Das Land scheint zwischen Machtkämpfen und Chaos dahinzutaumeln. Eine Reihe von Provinzen gehorcht der Zentralregierung offensichtlich nicht mehr. Die Armee spielt eine undurchsichtige Rolle. Jugendliche Rotgardisten, mit den Weisheiten Maos in Händen, terrorisieren die Bevölkerung. Alles in allem: ein Bild der Auflösung und totaler Verwirrung. Nach außen hin demonstriert dieses Reich seine Stärke damit, daß es Staat um Staat mit einer Flut haltloser Verdächtigungen und Beschimpfungen überschüttet. Der besondere Haß gilt Moskau, das nun ungefähr die gleichen Anklagen und Vorwürfe über Verbürgerlichung und Renegatentum zu hören bekommt, mit denen der Kreml vor dreißig und vierzig Jahren die Sozialdemokraten zu verfolgen pflegte. Das China, das seine ausländischen Gegner verächtlich als «Papiertiger» zu bezeichnen pflegt, scheint heute selbst machtlos, schwach und innerlich zerrissen zu sein. Und trotzdem hat dieses Land erst vor kurzem seine *erste Wasserstoffbombe* gezündet und damit unmißverständlich seinen Anspruch auf Weltmachtgeltung ange meldet. China wird der Außenwelt in den kommenden Jahren noch manche Rätsel aufgeben.

Fabius

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Die Sommerpause in der eidgenössischen Politik ist dieses Jahr in der eigentlichen Innenpolitik besonders ausgeprägt gewesen. Anscheinend wurden allenthalben neue Kräfte für die kommenden Großkampftage der Herbstwahlen gesammelt. Auf dem Gebiete unserer Außenpolitik dagegen war wenig von Pause zu spüren. Dafür sorgte einerseits die Volksrepublik China mit ihren schrillen Protesten gegen die schweizerische Außenpolitik; anderseits bot der Tag der Schweiz an der Weltausstellung in Montreal unserem Außenminister Bundesrat Spühler Gelegenheit zu einem Besuch in Kanada und den Vereinigten Staaten, der aus verschiedenen Gründen bemerkenswert starke Beachtung fand. Und schließlich stellte die Berufung Botschafter Thalmanns durch die UN einmal mehr die uneingeschränkte Bedeutung der guten Dienste der Schweiz in der heutigen Welt unter Beweis.

Auf den Spuren de Gaulles

Die Reise Bundesrat Spühlers nach Montreal, wo er an der Weltausstellung die Landesregierung am Schweizer Tag vertrat, hatte durch das kurz zuvor wenig rühmlich abgebrochene kanadische Abenteuer Präsident de Gaulles auf unerwartete Weise einen besonderen politischen Akzent erhalten: Die kanadischen Sprecher am 1. August verfehlten so wenig wie die kanadische Presse bei ihrer Würdigung des Besuchs, mit Nachdruck auf das schweizerische Beispiel friedlichen Zusammenlebens von verschiedenartigen Sprachgruppen hinzuweisen und damit den Thesen des französischen Generals indirekt nochmals entgegenzutreten.

Hierzulande wird man allerdings gut daran tun, ob diesen lobenden Äußerungen aus einem befreundeten Staate nicht zu vergessen, daß Präsident de Gaulles Eskapaden gerade bei uns auch Resonanzen ausgelöst haben, die uns alles andere denn zur Ehre gereichen: Die Separatisten verbargen ihre Genugtuung nicht, und es

kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Rede des Generals in Quebec den ohnehin engen Beziehungen ihrer Führer mit Paris weiteren Auftrieb gegeben hat. Zum Glück ließen die Kommentare im übrigen Welschland fast durchgehend an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Gute Dienste

Unser Außenminister benützte die Gelegenheit, anschließend noch die Vereinigten Staaten zu besuchen, wo er auch Staatssekretär Rusk traf. Der amerikanische Außenminister fand dabei außerordentlich freundliche Worte zur Charakterisierung der schweizerischen Stellung in der Welt. Der Zufall wollte es, daß seine Ausführungen durch einen fast gleichzeitigen Berufungsakt der Vereinigten Nationen auf spektakuläre Weise unterstrichen wurden: Am 15. August wurde offiziell bestätigt, daß Botschafter Thalmann, der Chef der Abteilung für Internationale Organisationen im Politischen Departement, dem Generalsekretär der UN für eine zeitlich begrenzte Aufgabe zur Verfügung stehen wird. Diese besteht darin, als persönlicher Vertreter U Thants die Lage in Jerusalem zu prüfen und dessen Berichterstattung an den Sicherheitsrat und die Generalversammlung vorzubereiten. Die Ernennung ist nicht nur ein persönlicher Erfolg des früheren schweizerischen Beobachters bei den Vereinigten Nationen; sie illustriert auch einmal mehr die Bedeutung der schweizerischen Neutralität im Hinblick auf gute Dienste im Rahmen der Friedenserhaltung.

Schrille Töne aus Peking

Bundesrat Spühler hatte mit seiner Amerikareise insofern Pech, als er bei einer der seltenen außenpolitischen Friktionen einmal mehr nicht auf seinem Berner Posten war. Wie beim Eintreffen der Rhodesien-

Note der UN war er nun auch beim Wirbel um die rotchinesischen Proteste nicht zur Stelle. Daß dieser Wirbel der schweizerischen Öffentlichkeit gegenüber verschwiegen werden sollte, macht die Angelegenheit recht fragwürdig: Am 10. August wurde bekannt, daß am 5. August eine Note aus Peking eingegangen sei, nachdem die Volksrepublik China bereits am 30. Juni gegen die «Unterstützung der in der Schweiz lebenden Tibetaner» protestiert habe und in der Sache am 25. Juli beim Generalsekretär des Eidgenössischen Politischen Departements auch mündlich vorstellig geworden sei. Über diese Vorfälle wurde die schweizerische Öffentlichkeit nicht etwa durch das Bundeshaus, sondern durch das Bulletin der chinesischen Botschaft in Bern orientiert.

In der Sache selbst gibt es keinerlei Zweideutigkeiten: Der Bundesrat wies die Note mit einem energischen «Unannehmbar» zurück. Die chinesische Demarche ist schon dadurch ausreichend klassifiziert, daß sie von Verbalinjuriern durchsetzt und mit folgendem Zitat aus Maos Schriften eingeleitet worden war: «Ein chinesisches Sprichwort umschreibt die Handlung gewisser Dummköpfe so, daß diese einen Stein aufheben, damit er ihnen auf die Füße fällt. Die Reaktionäre aller Länder sind solche Dummköpfe. Die Repressalien, die sie gegen das revolutionäre Volk ergrifen, führen schließlich nur dazu, daß es die Revolution ausdehnt und intensiviert.» Im weiteren wurde die groteske Behauptung aufgestellt, es handle sich bei den Tibetanern um «Banditen», die von der Schweiz unter dem «Vorwand der Humanität» bei ihrer «chinafeindlichen Agitation» tatkräftig unterstützt würden.

Das schweizerische «Unannehmbar» zeitigte in Peking wenigstens so viel Wirkung, daß sich die Volksrepublik China dazu bequemte, ihre Note vom 5. August einer Revision zu unterziehen und sie in gemäßigter Form erneut zu präsentieren. Unmittelbaren Anstoß zum Protestregen bildete die Grundsteinlegung vom 29. Juli für ein Tibet-Institut im Tößtal, das es den Tibetern ermöglichen soll, sich in der

Fremde ihre religiösen und kulturellen Überlieferungen zu erhalten — ein Unterfangen, das offensichtlich nicht in die Landschaft eines totalitären Weltbildes von der Art des rotchinesischen paßt.

In seiner Sitzung vom 18. August nahm der Bundesrat abschließend zu der Angelegenheit Stellung. Er betonte dabei seine Bereitschaft, weiterhin normale offizielle Beziehungen zur Volksrepublik China zu unterhalten, lehnte es aber gleichzeitig ab, sich über die private Flüchtlingshilfe der Schweiz in Diskussionen einzulassen oder gar die schweizerische Asylpolitik zu ändern. Folgerichtig werde er daher auf den erneuten Protest sowie auf allfällige weitere Demarchen nicht mehr eingehen.

Der Preis für eine Normalisierung der Ostbeziehungen

In einer ergänzenden Erklärung vor der Presse begründete Bundesrat Spühler die Zurückhaltung der Landesregierung gegenüber der Öffentlichkeit: Die rotchinesischen Proteste seien in die lange Reihe früherer Demarchen der Volksrepublik gegen die humanitären Aktionen der Schweiz einzuordnen. Ihr vorwiegend demonstrativer Charakter habe es als richtig erscheinen lassen, sie nicht unnötig aufzubauschen.

Diese Stellungnahme fordert zur Gegenfrage heraus, wo denn die kritische Marke dafür liege, ob eine diplomatische Demarche ernst genug für eine öffentliche Erörterung erachtet werden solle oder nicht. Gewiß haben die kommunistischen Staaten ihre eigene Diktion, die oft nicht nur die politisch-propagandistische, sondern auch die diplomatische Sprache durchdringt. Und gewiß ist es nicht an uns als einem neutralen Kleinstaat, hier Überempfindlichkeit an den Tag zu legen. Wenn aber, wie dies die chinesische Regierung getan hat, der Bundesrat in einem offiziellen Dokument der Lüge geziehen und in die Reihe «gewisser reaktionärer Dummköpfe» gestellt wird, so sprengt die Angelegenheit doch wohl den Rahmen des

diplomatischen Alltags und wird zu einer Sache von eindeutig öffentlichem Interesse.

Wenn die Landesregierung in solch unqualifizierbarer Weise verunglimpft wird, so kann und darf dies doch wohl nicht mehr als bloße demonstrative Sprachübung revolutionärer Machthaber registriert und mit entsprechender Nachsicht behandelt werden, sondern das Ansehen nicht nur der Regierung, sondern des Landes überhaupt ist damit aufs grösstenteils beeinträchtigt. Die Entkrampfung, die sich in den letzten Jahren in den Ost-Westbeziehungen wenigstens in Teilbezirken angebahnt hat, ist vor allem im Hinblick auf die Bevölkerung der Ostblockstaaten sicherlich vorbehaltlos zu begrüßen. Es darf aber nicht geschehen, daß wir uns um dieser Normalisierung willen zu einem Maß an Konzilianz verleiten lassen, welches mit der Würde eines freien Staatswesens nicht mehr vereinbar ist. Die vom Bundesrat ausdrücklich angestrebte weitere Normalisierung der Ostbeziehungen mag ihren Preis haben, aber dieser Preis darf dem Volke nicht verheimlicht werden. Sonst werden erneut Voraussetzungen für eben jene allzu emotionalen Reaktionen unserer Öffentlichkeit geschaffen, die der Bundesrat im Interesse geordneter Außenbeziehungen nach Möglichkeit vermeiden möchte.

In diesem Zusammenhang drängt sich übrigens auch die Frage auf, ob der Entscheid des Bundesrates richtig war, sich am Eröffnungsflug der neuen Swissair-Linie nach Moskau offiziell durch eines seiner Mitglieder vertreten zu lassen und damit gewissermaßen durch eine freundlich offen gehaltene Hintertüre einen Bundesratsbesuch im Kreml zu arrangieren. Zwar ist offenkundig, daß unsere Regierung seit einiger Zeit eine ausgeprägte Lust zur modisch gewordenen «Reisediplomatie» an den Tag legt. Die Moskaureise Bundesrat Gnägis ist also gewissermaßen präjudiziert. Doch scheint es mehr als fraglich, ob ausgerechnet Moskau den richtigen Boden für Experimente mit neuartigen Formen schweizerischer Reisediplomatie darstellt.

Unnötig

Am 30. Juni 1965, auf dem Höhepunkt einer öffentlichen Welle der Besorgnis gegenüber der Überfremdungsgefahr, hatte die Demokratische Partei des Kantons Zürich ein Volksbegehren eingereicht, mit dem eine in der Verfassung verankerte, starre Begrenzung des Bestandes an ausländischen Niedergelassenen und Aufenthaltern angestrebt werden sollte. Am 9. August dieses Jahres hat nun der Bundesrat in einem ausführlichen Bericht dazu Stellung bezogen. Die Botschaft gipfelt in einem klaren Nein: Nach Ansicht des Bundesrates wäre eine Verfassungsänderung ein schlechtes Mittel, um dem nach wie vor aktuellen Problem der Überfremdung zu begegnen. Die ausländischen Arbeitskräfte sind zu einem unentbehrlichen Faktor unserer Wirtschaft geworden. Eine starre Limite könnte daher zu schwerwiegenden Konsequenzen ökonomischer Art führen, ganz abgesehen davon, daß die Ausführung des Initiativbegehrens auch in menschlicher Hinsicht zu kaum vertretbaren Härten führen müßte. Der Bundesrat kündete bei dieser Gelegenheit Vorschläge für eine weitere Begrenzung des Ausländerbestandes an, die den wirtschaftlichen Bedürfnissen besser Rechnung tragen als die Initiative — ein Grund mehr, das unnötige und unzweckmäßige Begehren abzulehnen.

Das größte Sozialproblem

Eine weitere, am 10. August veröffentlichte Botschaft des Bundesrates faßt die mehrjährigen Arbeiten einer Expertengruppe zu einer Frage zusammen, die Bundesrat Tschudi als das größte Sozialproblem unserer Tage bezeichnet hat: die Situation der alten Menschen in unserem Lande. Durch die ständig steigende Lebenserwartung ist die Schicht der über 65 Jahre alten Bevölkerung immer größer geworden. Mit dieser Strukturverschiebung sind nicht nur weittragende finanzielle Probleme im Zusammenhang mit der materiellen Alters-

sicherung, sondern auch neue Aspekte und Aufgaben der medizinischen Betreuung verbunden. Der nun vorliegende 300seitige Bericht bietet eine exakte Bestandesaufnahme der Probleme. Die praktischen Folgerungen politischer und organisatorischer Art werden aber erst noch gezogen und danach in die Tat umgesetzt werden müssen. Die Anregung des Bundesrates, auf eidgenössischer Ebene eine ständige Arbeitsstelle zur Weiterbehandlung des ganzen Fragenkomplexes zu schaffen, verdient deshalb ernsthaft geprüft zu werden. Die

Initiative zu praktischen Lösungen liegt indessen zu einem wesentlichen Teil bei den Kantonen und Gemeinden. Damit besteht die Gefahr, daß sich auch in diesem zentralen menschlichen Bereich das hierzulande leider allzu häufige Bild grotesker Unterschiede von Region zu Region ergeben wird. Der öffentlichen Meinungsbildung wird die Aufgabe zukommen, diese Unterschiede durch systematische Aufklärungsarbeit und konstruktive Kritik auf annehmbare Ausmaße zu reduzieren.

Spectator

VIERHUNDERT JAHRE ZWEITES HELVETISCHES BEKENNTNIS IN UNGARN

Die Reformierte Kirche von Ungarn beging vom 19. bis 21. Mai groß angelegte Jubiläumsfeierlichkeiten. Vor 400 Jahren — inmitten eines Kriegswinters — hatte die konstituierende Synode von Debrecen das Zweite Helvetische Bekenntnis angenommen, das bis heute als wesentliche Glaubensstütze dient. Welche Durchschlagskraft diese von *Heinrich Bullinger* verfaßte Glaubensschrift besaß, bezeugt die Tatsache, daß diese schon ein Jahr nach der Veröffentlichung im entfernten Ungarn kirchliche Geltung erhielt, nachdem sie zuvor dem Kurfürsten Friedrich III. von der Pfalz zu Heidelberg in theologischer Bedrängnis wertvolle Hilfe geboten hatte. Im Laufe der Zeit erlebte die Bekenntnisschrift allein in ungarischer Sprache 25 Auflagen. Die jüngste datiert aus dem Jahre 1965. Nicht nur in der doppelten Zange der Türkenherrschaft und der Gegenreformation stand die Confessio Helvetica Posterior hoch im Kurs. Nach dem diesjährigen Jubiläum dürfte sie auch für diese Zeit an Achtung nur gewonnen haben. In Ungarn ist sie zu einem eigentlichen Volksbuch für den mündigen Christen geworden.

In diesem Land ist eine der größten reformierten Kirchen Europas beheimatet.

Die Reformierte Kirche von Ungarn zählt an die zwei Millionen Glieder. Rund 1500 Pfarrer wirken an etwa 1200 reformierten Gemeinden. Die Kontakte mit der reformierten Schweiz waren nicht nur in der Reformationszeit besonders eng. Das Hilfswerk der Evangelischen Kirchen der Schweiz (HEKS) konnte bis heute, außer zahlreichen Naturalspenden, Bargaben im Wert von nahezu drei Millionen Franken vermitteln. Gerade jetzt steht die Kirche vor einer Jahre in Anspruch nehmenden gründlichen Renovation des reformierten Kollegiums in Debrecen, eines der monumentalsten alten Gebäudekomplexe in ganz Ungarn. Daran partizipiert die reformierte Schweiz mit rund 85 000 Franken.

Debrecen zählt rund 140 000 Einwohner, davon bekennen sich ungefähr 100 000 zum reformierten Glauben. Es ist infolge seiner Lage und verschiedener Umstände zum geistigen und geistlichen Zentrum der Reformierten in Ungarn geworden. Noch heute beherbergt es die einzige verbliebene reformierte Mittelschule mit rund 400 Schülern. Die Schule genießt einen hervorragenden Ruf. Das Herzstück bildet allerdings die Akademie zur Ausbildung der Pfarrer. Als besondere Schatz birgt das Haus eine berühmte Bibliothek mit einer

halben Million kostbarer Dokumente; darunter befinden sich 39 wertvolle Codices und 146 Inkunabeldrucke. Infolge der Heimsuchungen des Krieges kann es sich gelegentlich zeigen, daß Bücher aus den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts kostbarer sind als Schriften aus dem 17. Jahrhundert, die während des Weltkrieges wohl verwahrt waren. In Debrecen hat auch der Vorsitzende der Bischöfe, Bischof Dr. *Tibor Bartha*, seinen Wohnsitz. Die Gliedkirchen des Reformierten Weltbundes besitzen im allgemeinen eine presbyteriale Organisation ohne Bischöfe. Die Reformierte Kirche von Ungarn bildet hier eine geschichtlich bedingte Ausnahme. Sie kennt das Bischofsamt.

Internationale Kontakte

Die Reformierte Kirche von Ungarn gab ihrem Jubiläum internationale Weite. Der Reformierte Weltbund, der Ökumenische Rat der Kirchen und die Prager Christliche Friedenskonferenz waren vertreten. Kirchen aus sämtlichen Erdteilen hatten ihre Delegierten geschickt. Selbst Emigrantengemeinden waren vertreten. Nahezu hundert auswärtige offizielle Gäste waren zugegen. Aus den USA war eigens zu diesen Festlichkeiten eine Touristengruppe eingetroffen.

Die acht Ehrenpromotionen, die Dekan Laszlo Modis im bereits renovierten Festsaal vornehmen konnte, unterstrich erneut das internationale Ausmaß. Zu Ehrendoktoren wurden ernannt: Pfr. Dr. Heinrich Hellstern, Leiter des HEKS, Schweiz; Professor Dr. Christian Baeta, Ghana; Pfr. Dr. Egbert Emmen, Holland; Pfr. Jean Kotto, Kamerun; Professor Dr. James I. McCord, Princeton, N. J., USA; Bischof Gyula Nagy, Rumänien; Professor Dr. Wilhelm Niesel, Deutsche Bundesrepublik; Generalsuperintendent Dr. Albrecht Schönherr, DDR. Es sind fast durchwegs Persönlichkeiten der Kirche, die sich in Leitungsfragen bewährt haben.

Auch ein Teil der Referenten stammte aus dem Ausland: Professor Dr. Wilhelm

Niesel, Präsident des Reformierten Weltbundes (Deutschland), Prof. Dr. J. L. Hromadka, Präsident der Christlichen Friedenskonferenz (Tschechoslowakei), Dr. J. I. McCord, Präsident des Princeton Theological Seminary (USA), und Dr. Jean Kotto, Generalsekretär der Evangelischen Kirche von Kamerun.

Letzterer wurde als Afrikaner von den Studenten mit besonderem Applaus bedacht. Er sprach über «Die Kirche in der neuen Gesellschaft in Afrika», wobei er sich auf die Verhältnisse in Kamerun konzentrierte. Begeistert schilderte er eine nahezu problemlose Kirche, klagte aber doch über mangelnden Nachwuchs, den er vor allem auf die gänzlich ungenügende Besoldung der kirchlichen Mitarbeiter zurückführte. Das gleichzeitige Auftreten von Kolonisation und Mission wirkte oft verhängnisvoll. In der Zeit des Ökumenismus wird eine Fusion aller protestantischen Kirchen angestrebt. Die Jungen Kirchen Afrikas und Asiens erkennen heute auch ihrerseits einen Evangelisationsauftrag in Europa und Nordamerika.

Da die Reformierte Kirche von Ungarn seit Anbeginn enge Kontakte mit der Schweiz pflegt, war auch die Schweiz mit zwölf Teilnehmern relativ stark vertreten. Die Zürcher Delegation konnte anlässlich des bischöflichen Empfanges in Debrecen eine eigens für solche Zwecke vom Kirchenrat in Auftrag gegebene Reproduktion eines Zwinglibildes von Hans Asper aus dem Kunstmuseum Winterthur überreichen. Von den theologischen Fakultäten der Schweiz waren nur Zürich und Basel vertreten. Basel hatte zwar damals die Confessio Helvetica Posterior noch nicht mitunterschrieben. Die Vertretung Basels war durch den Einfluß der Theologie Karl Barths auf die Reformierte Kirche von Ungarn begründet. Die theologischen Fakultäten von Bern und vor allem von Genf fehlten. Selbst die Genfer Kirche war nicht zugegen. Angesichts der Tatsache, daß man in Debrecen von Anbeginn an Wert darauf legte, daß die Confessio Helvetica Posterior von den Genfer Pfarrern mitunterschrieben war, daß einige partielle

Synoden auch die Annahme und den Unterricht von Calvins Genfer Katechismus vorgeschrieben hatten, daß Bezas größeres Bekenntnis unter gewissen Modifikationen und Weglassungen auch hier angenommen worden war, daß bis heute fast jede größere ungarische Stadt einen Calvin-Platz besitzt und Debrecen selbst das «Calvinistische Rom» genannt wird, war dieses Fehlen besonders auffällig. Wir kennen den Grund nicht. Er könnte unter Umständen darin liegen, daß die Form der schweizerischen Kirchen völlig anachronistisch ist. Wie soll man im Ausland immer wissen, daß keine Schweizerische Evangelische Kirche existiert, daß es nur kleine bis kleinste Kantonalkirchen gibt, mit denen man einzeln verkehren muß? Der Präsident des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes, Pfarrer Alexandre Lavanchy, konnte nur einen Bund, nicht eine Kirche vertreten. Es wäre wohl an der Zeit, gerade auch im Hinblick auf ökumenische Kontakte, auf eine gesamtschweizerische Kirche hinzuzielen.

Die Jubiläumssynode

Die festliche Jubiläumssynode 1967 begann mit dem feierlichen Einzug der Synodalen, der ungarischen Pfarrerschaft, der Mitglieder des Professorenkörpers und der Gäste in die 3000 Sitzplätze umfassende Großkirche von Debrecen. Der Großteil der Pfarrer und Dozenten trug die Amtstracht. Vereinzelte Farben auf dem vorherrschenden Schwarz, ein roter und ein weißer Talar, sowie das Amtskleid der Schotten verliehen dem festlichen Zug eine besondere Note. Der tiefe Klang der einen Glocke, der schwersten ganz Ungarns, gab dem Einzug die entsprechende Weihe.

Bischof Istvan Szamosközi eröffnete die Generalsynode mit dem Apostolischen Gruß und der folgenden Festpredigt. Die durchwegs auswendig gesungenen Kirchenlieder fielen durch ihre Frische auf. Dr. Tamas Esze stattete als Laien-Präsident der Synode den Schwesterkirchen einen

speziellen Dank ab für ihre moralische und geistige Unterstützung, besonders auch für ihre theologische Literatur.

Wilhelm Niesel umriß «Die Bedeutung des Zweiten Helvetischen Bekenntnisses für die Kirchen der Reformation», und Endre Toth hob «Das Zweite Helvetische Bekenntnis in der Reformierten Kirche Ungarns» hervor. Beide Vorträge fielen durch ihre Sachbezogenheit auf. Den Namen Bullinger vernahm man auf den ganzen Jubiläumsfeierlichkeiten äußerst selten. Die Sache, nicht die Person, stand im Zentrum. Schon bei der Annahme des Bekenntnisses im Jahre 1567 war Bullingers Person nicht hochgespielt worden. Das Bekenntnis sprach für sich selbst.

Auch Wilhelm Niesel stellte heraus, wie wir durch die Confessio deutlich zur Sache gerufen würden. Nach ihm liegt die erst in unserm ökumenischen Zeitalter realisierte Erkenntnis: «Die Kirche ist Mission oder sie ist gar nichts» bereits in der Helvetica beschlossen. Dem lebendigen Wort Gottes drohte damals das Papsttum zum Verhängnis zu werden. Heute könnten es die hermeneutischen Prinzipien, die Übermacht der Säkularisation und des modernen Humanismus sein. Es gelang dem Präsidenten des Reformierten Weltbundes immer wieder, die Bedeutung des Bekenntnisses für die Moderne darzulegen. Er warnte vor einem reformierten Klerikalismus und vor zu Museen einer vergangenen Epoche erstarren Kirchen.

Nach Endre Toth sollte das in ungarischer Sprache veröffentlichte Bekenntnis vor allem auch den weite Gebiete bereisenden Kaufleuten eine zuverlässige, auf der Heiligen Schrift beruhende Wegweisung bieten. Im Gang durch die Jahrhunderte konnte er festhalten: «Das Bekenntnis ist stets eine schöpferische Kraft, es bringt neue Kräfte, es baut die Zukunft.»

In Debrecen fehlte eine eigentliche theologische Durchleuchtung des Bekenntnisses sowie eine geschichtliche Darlegung seiner Entstehung. Die jubilierende Kirche konnte deshalb darauf verzichten, weil die Confessio Helvetica Posterior auch unter den ungarischen Laien derart bekannt ist,

daß sich eine erneute Behandlung förmlich erübrigte.

Den Nachmittagsvortrag hielt J. L. Hromadka über «Die Zukunft der reformierten Reformation in unserem Zeitalter». Darnach hängt die Zukunft der Reformation davon ab, wie die Souveränität der evangelischen Botschaft, die Sendung der Kirche als des Volkes Gottes, die Einheit von Gnade und Gesetz sowie von unserer Verantwortung für die Gläubigen und Ungläubigen ergriffen wird. Die christliche Zukunftsschau ist keine illusionäre Spekulation, sondern ein echtes Ringen um das Verständnis des Evangeliums, für die Kenntnis der gegenwärtigen Menschheit, ein Ringen um einen echteren Glauben, um innigere Liebe und siegreichere Hoffnung. Das Hauptgewicht des Vortrages lag nicht in der Zukunft, sondern in einem Überdenken der gegenwärtigen Verantwortung. Dementsprechend meinte der Referent ganz ohne die Dimension des Reiches Gottes auskommen zu können. Er zeigte sich von der Säkularisation sehr beeindruckt und meinte, die Kirchen lebten heute am Rande der Gesellschaft und hätten viel zu tun, um sich überhaupt auf der Bühne des öffentlichen Lebens zu behaupten. Es ließe sich aber, wenn sie gehorsam seien, vieles zurückgewinnen. Hat der bekannte Prager Theologe damit nicht sein Thema der Zukunft zu sehr in die Vergangenheit geführt?

Die Deklaration

An zentraler Stelle stand die durch Bischof Dr. Tibor Bartha, den Pfarr-Präsidenten der Generalsynode, vorgenommene Unterbreitung der Deklaration der Generalsynode, die zuvor von einer großen Arbeitsgemeinschaft von theologischen Lehrern und Pfarrern erarbeitet worden war. Diese Deklaration — auch «Wegweisung» oder «Feierlicher Unterricht» genannt — soll ein dankbares Bekenntnis darüber ablegen, «wie fruchtbar und lebendig das Erbe der reformatorischen Wegweisung ist, andererseits möchte sie darüber Rechenschaft

ablegen, wie sie, durch die auf die Bibel und allein auf den Christus der Bibel hinweisende Lehre verpflichtet, auf jenem Wege weiterschreitet, der nach ihrer Überzeugung durch eine gerade Linie mit dem Zeitalter der Reformation verbunden ist: auf dem Wege der neuen Reformation». In wohlgesetzten Worten begründete der Bischof die Notwendigkeit einer solchen Deklaration. Er betonte, wie sehr die Geschenke der Reformation des 16. Jahrhunderts bis zum heutigen Tage wirksame, lebendige Größen zur Formung des ungarischen Geistes seien. Die Bibel behielt ihren Stand auch in den Zeiten des Rationalismus, des Liberalismus, ja sogar des modernen Säkularismus im Herzen, im Denken und auch in der Sprache des ungarischen reformierten Volkes. Der Bischof sprach von einer Analogie der beiden kirchengeschichtlichen Perioden des 16. und 20. Jahrhunderts.

Er gab einen kurzen Einblick in das nur ungarisch vorliegende Dokument. Der erste Teil befaßt sich mit der positiven Bewertung der Bekenntnisschriften. Im zweiten Teil überblickt die Wegweisung die Geschichte der Reformierten Kirche von Ungarn bis in die Gegenwart. Der Bischof faßte zusammen: «Gott allein bewahrte unsere Kirche vor der Gefahr, daß sie in der revolutionären Umwandlung ihren Weg verfehlt, und es ist ein Geschenk, daß unsere Kirche in der neuen Gesellschaft ihren Platz fand und sich für die gerechte Sache des Volkes einzusetzte. Heute können wir bereits mit Dankbarkeit und Freude darüber reden, daß unsere Kirche durch Bande der Liebe mit der ungarischen Gesellschaft verbunden ist, daß unsere Gesellschaft die Vaterlandsliebe und den Dienst unserer Kirche für das Wohlergehen des ungarischen Volkes schätzt und achtet.» Mit Nachdruck sprach der Bischof von den Früchten in der Begegnung zwischen Marxisten und Christen. Den Thesen der reformierten christlichen Ethik wurde von maßgebender Stelle der Gesellschaft große Aufmerksamkeit geschenkt. Der dritte Abschnitt behandelt das ökumenische Zeugnis der Refor-

mierten Kirche von Ungarn in der Gemeinschaft der Kirchen bis auf die Ebene der Ortsgemeinde. Gegenüber den römisch-katholischen Brüdern wird die das ganze Dokument beherrschende Christozentrik nochmals betont.

Da die Deklaration vorläufig noch nicht übersetzt ist, steht uns eine kritische Stellungnahme nicht zu. Eine hintergründige Opposition soll nicht gefehlt haben. Da in der Wegweisung betont wird, daß der Weg zum Schaffen neuer Bekenntnisse frei sei, daß die folgenden Generationen geradezu zur Nachahmung der Väter im Bekennen ihres Glaubens aufgefordert werden, wird von einigen befürchtet, das Dokument könnte mit der Zeit Bekenntnischarakter gewinnen. Wenn man bedenkt, in welch kurzer Zeit im 16. Jahrhundert das Zweite Helvetische Bekenntnis allgemeine Anerkennung der Reformierten gefunden hatte, ist man über die heutige Armut an Bekenntnissen eher erstaunt. Man muß den Mut der Reformierten Kirche von Ungarn bewundern, in einer Zeit der Umwälzungen zwar nicht ein Bekenntnis, wohl aber eine richtungweisende Deklaration ausgearbeitet zu haben. Mit einer gewissen Opposition wird man bei jedem solchen Unterfangen rechnen müssen. So ließ sich auch seinerzeit Basel erst 1642 zu einer Unterschrift des Zweiten Helvetischen Bekentnisses gewinnen.

Ungarische reformierte Theologie heute

Mit seinem akademischen Festvortrag «Dienende Theologie und dienende Kirche» umriß der amerikanische Theologe J. I. McCord gut die Funktion auch der ungarischen reformierten Theologie. Er nahm auf die letzte Generalversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Neu-Delhi Bezug, wo die Endgültigkeit (finality) Jesu Christi im Zeitalter universaler Geschichte ins Zentrum gerückt worden war. Die Kirche hat aus aller Stagnation herauszutreten und in der Diskussion mit der Welt zu stehen. Zu oft hat die Kirche ihre dienende Funktion zurück-

gewiesen. Im gegenwärtigen Augenblick sah er eine besonders günstige Gelegenheit für die Kirche, der dienenden Rolle wieder bewußt zu werden. Genau darauf legte Bischof Lajos Bakos in seinem wesentlichen Referat «Die Entwicklung des ungarischen reformierten theologischen Denkens nach dem Zweiten Weltkrieg» den Finger. Die Kirche ist von der falschen Vorstellung der «herrschenden Kirche» zur biblischen Vision der «dienenden Kirche» durchgedrungen. Auf einem knappen historischen Hintergrund zeigte er den der Reformation vergleichbaren Durchbruch zu einem neuen und tieferen Verständnis der Bibel in der Gegenwart. Aus der Buße keimte eine theologische Erneuerung. Das neue Zeitalter der dienenden Kirche ist gekommen. Die dynamische Interpretation der Kirche wurde gegenüber allen statischen und institutionellen Kirchendeutungen zurückgewonnen. Die tiefere Erkenntnis des Erlösungswerkes Christi in seiner kosmischen Dimension brachte, unter Betonung der universalen Gnade, ein besseres Verständnis des Mannes außerhalb der Kirche. Die Ökumene wird nicht als Programm kirchlicher Politik, sondern als Erfüllung des von Christus ergangenen Auftrages erkannt. Das Gebet um den Heiligen Geist wird als vornehmste Aufgabe herausgestrichen. In nüchterner Offenheit wird das Verhältnis zur römisch-katholischen Kirche gesehen, wobei Erfahrungen aus Vergangenheit und Gegenwart erschwerend wirken. Am Morgen war vor dem Ehrenmal hinter der Großkirche, eingedenk der Leiden der reformierten Pfarrer auf den Galeeren, ein Kranz niedergelegt worden. Die ungarische Kirche sucht den Weg des Gehorsams zu gehen.

Auf der Grundlage der neueren theologischen Erkenntnisse der dienenden Kirche konnte eine Vereinbarung mit dem neuen ungarischen Staat gewonnen werden. Der Bischof meinte, nie dürfe vergessen werden, daß das Leben der Kirche untrennbar mit demjenigen der Nation verbunden sei. Man fragt sich in der Tat, ob hier nicht zu weit gegangen ist. Hat nicht

auch die Kirche gerade in ihrer dienenden Funktion ein Wächteramt, einen Wächterdienst, am wie auch immer gearteten Staat im Interesse dieses Staates und seiner Mitglieder auszuüben? Die Verbindung von Kirche und Staat kommt seit Jahren in Ungarn in verschiedener Weise zum Ausdruck. Das Stadtwappen von Debrecen ist ein durchaus christliches Wappen mit dem Symbol des siegreichen Christuslammes. In jedem Gottesdienst wird die Nationalhymne gesungen. Wer sich als Ausländer allzustark an dieser Verquickung stört, bedenke, daß in jeder amerikanischen Kirche, wo doch Staat und Kirche säuberlich getrennt sind, selbstverständlich das Sternenbanner aufgepflanzt ist. Die ungarische Nationalhymne «Gott segne Ungarn» wird offenbar ohne irgendwelche Skrupeln auch von Atheisten gesungen.

An der festlichen Generalversammlung überbrachte der Minister für das Bauwesen, Dr. Rezsö Trautmann, in einer der Kirche sehr gewogenen Ansprache die Glückwünsche des Staates. Und am letzten Tag veranstaltete der Vorsitzende des Staatlichen Kirchenamtes, Minister Jozsef Prantner, in Budapest einen offiziellen Empfang der Regierung der Ungarischen Volksrepublik.

Wirkung nach außen

Die festliche Jubiläumssynode von 1967 wurde als offene Synode durchgeführt. Wer Platz fand, konnte daran teilnehmen. Am Sonntag wurde in der Großkirche von Debrecen ein ökumenischer Gottesdienst abgehalten. Ein Großteil der Gäste nahm am Budapester Festgottesdienst teil. In vielen Gottesdiensten landauf landab wirkten ausländische Gastprediger. An all diesen Gottesdiensten nahm die Gemeinde in spürbarer Ergriffenheit teil, wie es beson-

ders schön zum Ausdruck kam, als die Zürcher Delegation in Csenger — zwei Kilometer von der rumänischen Grenze — in der nach einer Renovation eben neu eingeweihten jahrhundertealten Kirche ihre Grüße übermittelte.

Sowohl in Debrecen wie in Budapest waren kirchengeschichtliche Ausstellungen zugänglich. Presse, Radio und Fernsehen berichteten von den Festlichkeiten. Für die Postsendungen wurde ein Jubiläumsstempel geschaffen. Kam man auf der Rückreise mit Ungaren ins Gespräch, waren sie über die Feiern orientiert. Seit der Reformation gab es in Ungarn keine kirchliche Veranstaltung, die bei den Gläubigen ein derart großes Interesse geweckt hätte, wie diese Jubiläumstagung der Generalsynode. Das 400-jährige Jubiläum der Rezeption des Zweiten Helvetischen Bekenntnisses überragte an Bedeutung weit die gewohnten Feiern der runden Jahreszahlen. Die Vergegenwärtigung der Botschaft der Reformatoren ist gerade für die heutige Generation der Kirche besonders aktuell geworden. Das Jubiläumsjahr 1967 bietet eine Gelegenheit für eine neue Reformation.

Die Festlichkeiten selbst bedeuteten für die Reformierte Kirche von Ungarn einen gewaltigen Auftrieb. Die internationale Beteiligung wirkte als nicht zu unterschätzende Rückenstärkung. Außer den reichen und tiefen Eindrücken nahmen die Gäste einen eben von der Presse kommenden Neudruck eines Sendschreibens an die Kirchen Ungarns und ihre Pfarrer von Heinrich Bullinger aus dem Jahre 1551 als Geschenk mit. Dieses Büchlein hatte seinerzeit die Annahme des Zweiten Helvetischen Bekenntnisses in Debrecen 1567 vorbereitet. Die damals geknüpften Bande durften zum Wohle aller erneut gefestigt werden.

Hans Bühler